

Kapitalmarktrecht

Poelzig

4. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-84505-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

GRUNDRISSE DES RECHTS

Poelzig · Kapitalmarktrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kapitalmarktrecht

von

Dr. Dörte Poelzig

o. Professorin an der Universität Hamburg

4. Auflage 2026


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitiervorschlag: Poelzig KapMarktR § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN PRINT 978 3 406 84505 5

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 4. Auflage

Seit Erscheinen der dritten Auflage dieses Lehrbuchs hat das Kapitalmarktrecht weiter an Relevanz und Dynamik gewonnen. Treibende Kraft dieser Entwicklung ist nach wie vor die Europäische Union, die ihren in jüngerer Zeit eingeschlagenen Weg einer unmittelbaren Regulierung des Kapitalmarkts durch Verordnungen – und nicht mehr vorrangig durch Richtlinien – konsequent fortsetzt. Die für Studium und Ausbildung im Schwerpunktbereich wohl einschneidendsten Neuerungen seit der dritten Auflage ergeben sich aus dem sog. Listing Act. Mit diesem Rechtsakt verfolgt der europäische Gesetzgeber das Ziel, die umfangreichen Pflichten börsennotierter Unternehmen am Primär- wie am Sekundärmarkt zu reduzieren und den europäischen Kapitalmarkt insbesondere für kleinere Unternehmen und Start-ups wieder als Finanzierungsquelle attraktiver zu machen. Die damit verbundenen Änderungen betreffen vor allem die Informationspflichten und sehen Erleichterungen etwa bei der Prospekt- und Ad-hoc-Publizität vor. Das Bestreben der EU, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitalmarkts im globalen Vergleich zu stärken, wird durch neue Regelungen zur Nachhaltigkeit und Digitalisierung flankiert, die international als Vorbild moderner Kapitalmarktregulierung gelten sollen. Hervorzuheben sind hierbei der EU Green Bond Standard, der ein einheitliches Verfahren für nachhaltige Anleiheemissionen etabliert, sowie die CSRD, die ein verbindliches Regime zur Nachhaltigkeitsberichterstattung – teils einschließlich der Lieferketten – schafft. Mit der MiCAR hat der europäische Gesetzgeber zudem ein umfassendes Regelwerk für den Handel mit Kryptowerten geschaffen, das auf bewährte Elemente des klassischen Kapitalmarktrechts zurückgreift und erstmals eine einheitliche Regulierung von Kryptomärkten innerhalb eines Rechtsakts anstrebt. Um die effektive Durchsetzung kapitalmarktrechtlicher Ansprüche von Anlegern zu verbessern, wurde das KapMuG nach eingehender Evaluierung grundlegend überarbeitet. Darüber hinaus hat auch die Rechtsprechung wesentliche Impulse gesetzt – etwa im Bereich der Prospekthaftung, zur Angemessenheit der Gegenleistung im Übernahmeverfahren sowie der Amtshaftung der BaFin.

Meinem Lehrstuhlteam in Hamburg gebührt mein herzlicher Dank für die wertvolle Unterstützung. Besonders dankbar bin ich Herrn *Paul Dittrich*, der die Neuauflage maßgeblich begleitet hat. Für weitere Anregungen und Kritik – gerne per Mail an doerte.poelzig@uni-hamburg.de – bin ich dankbar.

Die Literaturnachweise der 4. Auflage befinden sich auf dem Stand vom 13.2.2026. Auf die angegebenen Internetquellen wurde zuletzt am 13.2.2026 zugegriffen.

Hamburg im März 2026

Dörte Poelzig

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2017)

In Zeiten, in denen Staaten, aber auch Banken in finanzielle Krisen geraten und Unternehmen ebenso wie Privatanleger auf alternative Finanzierungs- und Anagemöglichkeiten angewiesen sind, rückt der Kapitalmarkt zunehmend in den Fokus der Medien und großer Teile der Gesellschaft. Während noch vor nicht allzu langer Zeit darüber gestritten wurde, ob es sich beim Kapitalmarktrecht um ein eigenständiges Rechtsgebiet handelt, hat sich der Begriff mittlerweile, ua auch in Form von Lehrveranstaltungen, etabliert. Das Kapitalmarktrecht als Rechtsgebiet befindet sich jedoch noch immer im Umbruch und im ständigen Wandel. Die gesteigerte gesellschaftliche Bedeutung des Kapitalmarktes und nicht zuletzt die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 haben zu einem regelrechten „Regelungstsunami“¹ geführt, der eine „Literaturlawine“ ausgelöst hat.² Ziel der weitgreifenden und komplexen Kapitalmarktregulierung ist es, kein Finanzprodukt, keinen Finanzmarkt und keinen Finanzmarktakteur unbeaufsichtigt und unreguliert zu lassen (Beschluss der G20 im Jahr 2009 in Washington). Vor allem der europäische Gesetzgeber hat nach der Finanzmarktkrise mehrere umfangreiche und detaillierte Reformpakete geschnürt, um eine Wiederholung einer solchen Krise zu verhindern. Das Kapitalmarktrecht ist eine vielschichtige Materie, die nicht nur nationales Recht und Europarecht in sich vereint, sondern auch ökonomische und rechtliche Fragen miteinander verbindet, zivilrecht-

¹ Mülbart ZHR 176 (2012), 369.

² Hopt WM 2009, 1873 (1875).

liche und öffentlich-rechtliche Schnittmengen sowie enge Bezüge zum Bank- und Gesellschaftsrecht aufweist. Die Beschäftigung mit dem Kapitalmarktrecht ist daher spannend, praktisch relevant und anspruchsvoll zugleich. Mit dem Ersten und Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz (FiMaNoG) hat der deutsche Gesetzgeber die jüngste Novelle zur Umsetzung der europäischen kapitalmarktrechtlichen Vorschriften verabschiedet. Das Buch befindet sich auf dem Stand nach dem Inkrafttreten des 2. FiMaNoG am 3. Januar 2018.

Bei der Vorbereitung des Lehrbuchs haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Universität Passau und der Universität Leipzig tatkräftig unterstützt. Dafür möchte ich mich ganz besonders bei meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen *Tabea Bauermeister*, *Charlotte Baumanns* und *Julia Krämer* bedanken. Großer Dank gilt auch den wissenschaftlichen Mitarbeitern *Max Bärnreuther* und *Christian Lainer* sowie nicht zuletzt den studentischen Hilfskräften *Jonna Aldick*, *Julian Heyermann*, *Lena Kessenich*, *Anna-Lena Kuntz*, *Jula Mächler*, *Victoria Pfaff*, *Lukas Prusinovsky*, *Tim Sauerhammer*, *Sven Schwarzat*, *Yannick Skowronek* und *Carmen Urban*.

Passau/Leipzig im April 2017

Dörte Poelzig

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIX

1. Teil: Einleitung und Grundlagen

§ 1. Definition, Ziele und Aufgaben des Kapitalmarktrechts	2
I. Recht des Kapitalmarktes	2
1. Kapitalmarkt als Markt für Finanzinstrumente	3
2. Segmente des Kapitalmarktes	4
3. Akteure des Kapitalmarktes	7
II. Ziele und Aufgaben des Kapitalmarktrechts	13
1. Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes und institutioneller Anlegerschutz	13
2. Individueller Anlegerschutz	16
3. Durchsetzung	17
III. Kapitalmarktrechtliches Informationsmodell	18
1. Ökonomischer Ausgangspunkt: Markteffizienzhypothese	18
2. Kapitalmarktrechtliches Regulierungsbedürfnis	20
3. Grenzen des Informationsmodells	22
§ 2. Überblick über die Regeln des Kapitalmarktrechts	25
I. Internationales Kapitalmarktrecht	25
II. Europäisches Kapitalmarktrecht	26
1. Lamfalussy II-Verfahren	26
2. Richtlinien und Verordnungen	29
3. Harmonisierungsgrad	31
4. Tendenzen im europäischen Kapitalmarktrecht	32
III. Nationales Kapitalmarktrecht	33
1. Gesetze	33
2. Sonstige Rechtsgrundlagen	35
IV. Verhältnis zu anderen Rechtsgebieten	36
V. Kapitalmarktrecht als öffentliches Recht und/oder Privatrecht	38

2. Teil: Finanzinstrumente als Produkte des Kapitalmarktes

§ 3. Wertpapiere iSd § 2 Abs. 1 WpHG	43
I. Begriff	43
II. Aktien iSd § 2 Abs. 1 Nr. 1 WpHG	46
1. Aktie als Finanzinstrument	47
2. Aktie als Mitgliedschaft in der AG	47

III. Aktien vergleichbare Anteile und Aktien vertretende Hinterlegungsscheine iSd § 2 Abs. 1 Nr. 2 WpHG	48
IV. Schuldtitel iSd § 2 Abs. 1 Nr. 3 WpHG	49
V. Kryptowerte (Token)	53
§ 4. Investmentvermögensanteile iSd § 1 Abs. 1 KAGB	55
I. Begriff	57
II. Unterscheidung von Investmentvermögen	60
1. OGAW und AIF	61
2. Offene und geschlossene Investmentvermögen	62
3. Spezialinvestmentvermögen und Publikumsinvestmentvermögen	63
4. Inländische und ausländische Investmentvermögen	64
III. Zulässige Anlagen von Investmentvermögen	64
1. OGAW, §§ 192–213 KAGB	64
2. AIF, §§ 214–292 KAGB	65
IV. Zulässige Rechtsformen der Investmentvermögen	68
1. Zulässige Rechtsformen offener Investmentvermögen ...	69
2. Zulässige Rechtsformen geschlossener Investmentvermögen	71
V. „Investmentdreieck“	73
1. Anleger im „Investmentdreieck“	73
2. Kapitalverwaltungsgesellschaften („Fondsvehikel“)	74
3. Verwahrstelle	75
§ 5. Vermögensanlagen iSd § 1 Abs. 2 VermAnlG	77
I. Begriff	77
II. Ausnahmen	79
§ 6. Sonstige Finanzinstrumente	81
I. Derivative Geschäfte iSd § 2 Abs. 3 WpHG	81
1. Begriff	81
2. Funktionen und Risiken von Derivaten	83
3. Regelungen	84
II. Geldmarktinstrumente iSd § 2 Abs. 2 WpHG	86

3. Teil: Marktinfrastruktur

§ 7. Börse als organisierter Markt	88
I. Organisation und Betrieb der Börsen	89
1. Organisation der Börse	89
2. Aufgaben der Börse und des Börsenträgers	91
3. Börsenteilnehmer	92
4. Marktsegmente	94
II. Zulassung von Wertpapieren zur Börse	94
1. Vor- und Nachteile einer Börsenzulassung	95

2. Gesellschaftsrechtliche Maßnahmen zur Vorbereitung einer Börsenzulassung	96
3. Zulassung und Einbeziehung von Wertpapieren	98
4. Platzierung und Preisfindung	102
5. Notierung an der Börse (Einführung)	105
III. Der Börsenhandel aus zivilrechtlicher Perspektive	105
1. Handel (Verpflichtungsgeschäfte)	105
2. Settlement (Verfügungsgeschäfte)	108
IV. Rückzug von der Börse (Delisting)	111
1. Unechtes Delisting (Cold Delisting)	111
2. Das Zwangsdelisting	112
3. Echtes Delisting (reguläres Delisting)	113
§ 8. Private Handelsplätze und OTC-Handel	120
I. Multilaterale Handelssysteme (MTF)	120
II. Organisierte Handelssysteme (OTF)	122
III. Systematische Internalisierer (SI)	123
§ 9. Pflichten der Handelsplatzbetreiber und beim OTC-Handel	125
I. Handelstransparenz	125
II. Aufzeichnungs- und Meldepflichten	126
4. Teil: Regeln am Primärmarkt	
§ 10. Spezialgesetzliche Prospektpflichten und -haftung	129
I. Spezialgesetzliche Prospektpflicht und -haftung bei Wertpapieren	130
1. Anwendungsbereich	131
2. Prospektpflicht gem. Art. 3 ProspektVO	132
3. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Sanktionen der BaFin	149
4. Spezialgesetzliche Prospekthaftung	150
II. Spezialgesetzliche Prospektpflicht und -haftung bei Investmentvermögensanteilen	177
1. Publikumsinvestmentvermögen	178
2. Spezial-AIF	182
III. Spezialgesetzliche Prospektpflicht und -haftung bei Vermögensanlagen	183
1. Anwendungsbereich	183
2. Prospekt- und Informationspflichten des Anbieters	184
3. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Sanktionen	186
4. Spezialgesetzliche Prospekthaftung gem. §§ 20 ff. VermAnlG	187
IV. Zusammenfassung	188
1. Prospektpflicht	189
2. Prospekthaftung	189

§ 11. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung	190
I. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung ieS	191
1. Voraussetzungen	191
2. Rechtsfolgen	194
3. Verhältnis zur spezialgesetzlichen Prospekthaftung	196
II. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung iwS (uneigentliche Prospekthaftung)	202
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	202
2. Verhältnis zur spezialgesetzlichen Prospekthaftung	204
III. Deliktsrechtliche Prospekthaftung	204
1. Prospekthaftung gem. § 823 Abs. 2 BGB iVm § 264a Abs. 1 StGB	204
2. Prospekthaftung gem. § 826 BGB	207
3. Verhältnis zur spezialgesetzlichen Prospekthaftung	208
5. Teil: Regeln am Sekundärmarkt	
1. Kapitel: Marktmissbrauchsrecht ieS	211
§ 12. Insiderhandelsverbot gem. Art. 14 MAR	213
I. Zweck des Insiderhandelsverbots	213
II. Begriff der Insiderinformation (Art. 7 MAR)	215
1. Präzise Information (Kurspezifität)	216
2. Bezug zum Emittenten oder Finanzinstrument	227
3. Fehlende öffentliche Bekanntheit	228
4. Eignung zur erheblichen Kursbeeinflussung (Kursrelevanz)	230
5. Besondere Insiderinformationen	236
III. Insidereigenschaft	239
1. Verfügen über Insiderinformationen	239
2. Primär- und Sekundärinsider	240
3. Verantwortlichkeit juristischer Personen	242
IV. Verbotstatbestände	244
1. Insidergeschäfte (Art. 8 Abs. 1; 14 lit. a) MAR)	245
2. Empfehlung und Verleitung (Art. 8 Abs. 2; 14 lit. b) MAR)	253
3. Unrechtmäßige Offenlegung (Art. 10, 14 lit. c) MAR)	253
V. Subjektiver Tatbestand	263
§ 13. Marktmanipulationsverbot gem. Art. 15 MAR	265
I. Anwendungsbereich	265
II. Systematik	266
III. Manipulationstatbestände	267
1. Handels- und handlungsgestützte Marktmanipulationen (Art. 12 Abs. 1 lit. a), b) MAR)	267
2. Informationsgestützte Marktmanipulationen (Art. 12 Abs. 1 lit. c) MAR)	275

3. Referenzwertmanipulationen (Art. 12 Abs. 1 lit. d) MAR)	278
4. Manipulationen im Hochfrequenzhandel	279
IV. Subjektiver Tatbestand	280
§ 14. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Art. 14, 15 MAR	283
I. Straf- und aufsichtsrechtliche Maßnahmen und Sanktionen	283
1. Pflichten von Marktteilnehmern zur Verfolgung und Aufdeckung	283
2. Strafrechtliche Sanktionen	287
3. Verwaltungsrechtliche Sanktionen der BaFin	289
II. Zivilrechtliche Folgen von Verstößen	291
1. Nichtigkeit der Geschäfte	292
2. Schadensersatzanspruch gem. § 823 Abs. 2 BGB	292
3. Schadensersatzanspruch gem. § 826 BGB	294
§ 15. EU-Leerverkaufs-VO	296
I. Begriff des Leerverkaufs und Regelungszweck	297
II. Verbot ungedeckter und Transparenz gedeckter Leerver- käufe	299
2. Kapitel: Veröffentlichungspflichten	301
§ 16. Ad-hoc-Publizitätspflicht gem. Art. 17 MAR	302
I. Tatbestand der Veröffentlichungspflicht	303
1. Den Emittenten unmittelbar betreffende Information ...	304
2. Ausnahme für Zwischenschritte in zeitlich gestreckten Vorgängen	305
3. Kenntnis und Unverzüglichkeit der Veröffentlichung ...	307
4. Art, Umfang und Form der Veröffentlichung	309
5. Aufschub der Veröffentlichung	311
6. Veröffentlichungstatbestand nach Art. 17 Abs. 8 MAR ..	320
II. Ad-hoc-Publizitätspflicht gem. § 11a VermAnlG	322
§ 17. Managers' Transactions gem. Art. 19 MAR	325
I. Melde- und Veröffentlichungspflicht	325
1. Inhalt und Zweck	325
2. Meldepflichtige Adressaten	326
3. Meldepflichtige Geschäfte	328
4. Meldung und Veröffentlichung	331
II. Zeitlich begrenztes Handelsverbot	332
1. Inhalt	333
2. Erlaubnis	335
§ 18. Regelpublizität gem. §§ 114 ff. WpHG	337
I. Jahresfinanzbericht	337
II. Halbjahresfinanzbericht	338

§ 19. Rechtsfolgen von Verstößen	340
I. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Art. 17 MAR	340
1. Bußgeldrechtliche Sanktionen	340
2. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche	341
II. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Art. 19 MAR	366
III. Rechtsfolgen von Verstößen gegen §§ 114 ff. WpHG	367
3. Kapitel: Sonderrecht der börsennotierten Aktiengesellschaften	368
§ 20. Beteiligungspublizität gem. §§ 33 ff. WpHG	369
I. Normzweck und Entstehungsgeschichte	370
II. Systematik der Mitteilungspflichten	372
III. Die Mitteilungspflichten nach §§ 33, 38 f. WpHG	372
1. Mitteilungspflicht gem. § 33 WpHG	373
2. Mitteilungspflicht gem. § 38 WpHG	382
3. Mitteilungspflichten bei Zusammenrechnung gem. § 39 WpHG	385
4. Ausnahmen	385
IV. Erfüllung der Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	389
1. Frist, Form und Inhalt	389
2. Konkurrenzen	391
3. Veröffentlichungspflichten des Emittenten	391
V. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen §§ 33 ff. WpHG	392
1. Bußgeldrechtliche Sanktionen	392
2. Rechtsverlust nach § 44 WpHG	393
3. Schadensersatzansprüche	400
VI. Inhaber wesentlicher Beteiligungen, § 43 WpHG	401
1. Adressaten	402
2. Inhalt der Mitteilung	402
3. Befreiung	404
4. Sanktionen	404
§ 21. Übernahmerecht	406
I. Grundlagen	406
1. Sinn und Zweck	406
2. Anwendungsbereich	409
3. Grundsätze	410
4. Regelungssystematik des WpÜG	412
II. Das Angebotsverfahren gem. §§ 10–28 WpÜG	417
1. Entscheidung zur Angebotsabgabe	417
2. Veröffentlichung der Angebotsunterlage	420
3. Finanzierungsbestätigung	428
4. Stellungnahme der Zielgesellschaft	429
5. Annahme des Angebots	430
III. Besonderheiten bei Übernahme- und Pflichtangeboten	432
1. Pflicht zur Abgabe eines öffentlichen Angebots gem. § 35 Abs. 2 WpÜG	433

2. Das Gebot der angemessenen Gegenleistung gem. § 31 WpÜG (iVm § 39 WpÜG)	439
3. Pflichten des Vorstands der Zielgesellschaft	448
4. Der übernahmerechtliche Squeeze-out	457

6. Teil: Finanzintermediäre

§ 22. Wertpapierdienstleistungsunternehmen	466
I. Wertpapierdienstleistungsunternehmen	466
II. Wertpapierdienstleistungen	467
1. Finanzkommissionsgeschäft	467
2. Eigenhandel und Eigengeschäfte	469
3. Anlagevermittlung	470
4. Abschlussvermittlung	471
5. Anlageberatung	471
6. Finanzportfolioverwaltung	473
7. Emissions- und Platzierungsgeschäft	475
8. Betrieb eines multilateralen oder organisierten Handelssystems	476
III. Wertpapiernebenleistungen	477
IV. Kundenkategorisierung (§ 67 WpHG)	478
§ 23. Verhaltensregeln gem. §§ 63 ff. WpHG	480
I. Allgemeine Interessenwahrungspflicht (§ 63 Abs. 1 WpHG)	481
II. Pflichten zur Vermeidung von Interessenkonflikten	483
1. Pflicht zur Vermeidung bzw. Offenlegung von Interessenkonflikten (§ 63 Abs. 2 und 3 WpHG)	484
2. Verbot der Annahme von Zuwendungen (§ 70 WpHG)	486
3. Ausführung von Kundenaufträgen (§ 69 WpHG)	492
III. Informationspflichten	492
1. Allgemeine Informationspflichten (§ 63 Abs. 6–9 WpHG)	492
2. Besondere Informationspflichten bei der Anlageberatung (§ 64 Abs. 1 und 2 WpHG)	494
IV. Exploration und Geeignetheits- bzw. Angemessenheitsprüfung (§ 63 Abs. 10; 64 Abs. 3 und 4 WpHG)	496
1. Geeignetheitsprüfung bei Anlageberatung und Vermögensverwaltung	497
2. Angemessenheitsprüfung bei sonstigen Wertpapierdienstleistungen	504
V. Besondere Pflichten bei der Unabhängigen Honorar-Anlageberatung (§ 64 Abs. 5 und 6 WpHG)	509
VI. Berichtspflichten (§ 63 Abs. 12 WpHG)	510
VII. Rechtsfolgen von Verstößen	511

§ 24. Organisationspflichten	520
I. Allgemeine Organisationspflichten (§§ 80 WpHG; Art. 21–29 DelVO (EU) 2017/565)	521
1. Vermeidung von Interessenkonflikten	522
2. Beschwerdemanagement	523
3. Pflicht zur Verhinderung von Mitarbeitergeschäften Art. 28, 29 DelVO (EU) 2017/565)	523
4. Algorithmischer Handel	525
5. Honoraranlageberater	525
6. Produktfreigabeverfahren	526
II. Geschäftsleiterpflichten (§ 81 WpHG)	530
III. Pflicht zur bestmöglichen Kundenausführung (§ 82 WpHG, Art. 64–66 Delegierte VO (EU) 2017/565)	531
IV. Aufzeichnungspflichten (§ 83 WpHG)	533
V. Schutz der Kundengelder (§ 84 WpHG; Art. 49, 63 DelVO (EU) 2017/565)	535
VI. Anforderungen an Mitarbeiter (§ 87 WpHG)	535
VII. Rechtsfolgen von Verstößen	536
7. Teil: Informationsintermediäre	
§ 25. Anlageempfehlungen	538
I. Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen ...	539
II. Verhaltenspflichten	541
III. Sanktionen	542
§ 26. Ratingagenturen	543
I. Rating und Ratingagenturen	544
II. Pflichten nach der Ratingverordnung	545
1. Vermeidung von Interessenkonflikten	545
2. Qualitätsanforderungen	546
III. Rechtsfolgen von Verstößen	547
1. Beaufsichtigung der Ratingtätigkeit durch ESMA	547
2. Zivilrechtliche Sanktionen	548
8. Teil: Durchsetzung des Kapitalmarktrechts	
§ 27. Kapitalmarktaufsichtsrechtliche Durchsetzung	550
I. Aufbau der Kapitalmarktaufsicht	550
1. Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA)	551
2. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	553
II. Aufsicht des Kapitalmarktes durch BaFin nach dem WpHG	554
1. Ermittlungs- und Aufsichtsbefugnisse gem. §§ 6 ff. WpHG	554
2. Sanktionen	562

3. Verordnungs- und Richtlinienbefugnis	570
4. Rechtsschutz	571
III. Aufsicht über Börsen und Handelsplätze	576
1. Börsenaufsichtsbehörden	576
2. Handelsüberwachungsstelle	577
§ 28. Kapitalmarktzivilprozessrecht (KapMuG)	578
I. Regelungszweck und Rechtsnatur	578
II. Anwendungsbereich (§ 1 KapMuG)	579
III. Zuständigkeit des Ausgangsgerichts	581
IV. Verfahrensablauf nach dem KapMuG	582
1. Vorlageverfahren vor dem Prozessgericht (§§ 2–8 Kap- MuG)	583
2. Musterverfahren vor dem OLG (§§ 9–24 KapMuG)	585
3. Bindungswirkung im Ausgangsverfahren	589
9. Teil: Nachhaltiges Finanzwesen	
§ 29. Grundzüge des europäischen „Green Deal“	595
I. Ökosystem der Sustainable Finance	595
II. Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten	597
1. Anwendungsbereich der Taxonomie-VO	597
2. Ökologische Nachhaltigkeit einer Investition	598
III. Der EU Green Bond Standard	601
IV. Nachhaltigkeitsberichterstattung	603
V. Offenlegungspflichten für Finanzintermediäre	605
1. Unternehmensbezogene Offenlegungspflichten	606
2. Produktbezogene Offenlegungspflichten	607
VI. Folgen von Greenwashing	609
1. Aufsichtsrechtliche Sanktionen	609
2. Strafrechtliche Sanktionen	610
3. Zivilrechtliche Haftung	611
10. Teil: Kapitalmarktrecht der Kryptowerte	
§ 30. Kryptowerte als Finanzinstrumente	615
§ 31. Markets in Crypto-Assets Regulation (MiCAR)	616
I. Einleitung und Grundlagen	617
1. Gegenstand und Ziel der MiCAR	617
2. Persönlicher Anwendungsbereich	618
3. Sachlicher Anwendungsbereich	619
II. Marktinfrastruktur	621
III. Regeln am Primärmarkt	622
1. Voraussetzungen des öffentlichen Angebots von Krypto- werten	623

2. Haftung für das Kryptowert-Whitepaper	629
3. Widerrufsrecht (Art. 13 Abs. 1 MiCAR)	631
IV. Regeln am Sekundärmarkt	632
1. Marktmissbrauchsrecht ieS	632
2. Ad-hoc-Mitteilungspflicht	638
V. Kryptowerte-Dienstleister	640
1. Zulassung	640
2. Kryptowerte-Dienstleistungen	641
Sachverzeichnis	645



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG